

**abgeschlossen am
25. November 2002**

	<u>Seite</u>
1. Die Congress-Wahlen 2002: Rückkehr zum ‚unified government‘	1
2. Congress schafft ‚Department of Homeland Security‘	4
3. Congress stimmt für unabhängige Untersuchungskommission	5
4. Gesetz zur staatlichen Unterstützung von Versicherungen gegen Folgen von Terroranschlägen beschlossen	7
5. Weiterer Überbrückungshaushalt verabschiedet	8
6. Rückkehr zum Haushaltsdefizit offiziell	8
7. Republikaner und Demokraten wählen Fraktionsspitzen	10

11/2002

1. Die Congress-Wahlen 2002: Rückkehr zum ‚unified government‘

Die Republikanische Partei ist aus den Congress-Wahlen am 5. November 2002 als unangefochtener Sieger hervorgegangen. Die Republikaner konnten nicht nur ihre Mehrheit im Repräsentantenhaus leicht ausbauen, sondern auch die Kontrolle über den Senat wieder gewinnen, die sie im Sommer 2001 durch den Parteiaustritt von Senator James Jeffords (I-Vt.) verloren hatten (vgl. CR 6-7/2001, S. 1).

Obwohl die Zugewinne an Sitzen im Repräsentantenhaus wie im Senat in absoluten Zahlen gering anmuten (siehe unten), kann die *Grand Old Party* (GOP) einen deutlichen Erfolg reklamieren. Dies gilt auch, wenn nicht die historisch regelmäßig zu beobachtenden Verluste der Partei des Präsidenten als Vergleichsmaßstab zu Grunde gelegt werden, sondern die seit den 1970er Jahren häufiger zu verzeichnenden Zugewinne wie zuletzt 1998 unter Bill Clinton.

Präsident Bush und seine Partei bemühten sich zwar sichtlich, Zurückhaltung in der Bewertung der Wahlergebnisse zu demonstrieren, interpretierten den Sieg jedoch als nachhaltige Bestätigung der Administration und ihrer Politik.

Wenngleich die Behauptung eines politischen Mandats für die zweite Halbzeit der Bush-Administration überzogen scheint, weisen Wahlanalysen auf eine zentrale Rolle des populären Präsidenten und eine weiterhin stark positive Bewertung der republikanischen Politik insbesondere in Fragen der inneren Sicherheit und der Terrorbekämpfung hin.

Bush ist es in den letzten Wochen vor den Wahlen gelungen, durch ein intensives Engagement für republikanische Kandidaten vor allem in den hart umkämpften Staaten und Wahlkreisen finanzielle Unterstützung und die eigene Wählerbasis zu mobilisieren. Nach einer *Gallup*-Umfrage ist die 2002 leicht erhöhte Wahlbeteiligung primär den Mobilisierungserfolgen der Republikaner zuzurechnen. Die Wahlbeteiligung republikanischer Parteianhänger lag bei ca. 43 Prozent, die von demokratischen Parteianhängern dagegen nur bei 36 Prozent und die von parteiunabhängigen Wählern gerade mal bei 26 Prozent.

Doch auch die republikanischen Congress-Fraktionen können mit ihrem öffentlichen Erscheinungsbild insofern zufrieden sein, als ihnen die Wähler im Vergleich zu den Demokraten eine höhere Kompetenz und klarere Politik insbesondere in der Terrorbekämpfung zumessen.

Die demokratische Strategie, die Wahlen mit sozialpolitischen Vorschlägen und Verweisen auf die anhaltenden konjunkturellen Probleme zu gewinnen, ohne Präsident Bush direkt anzugreifen, ist demgegenüber nicht aufgegangen. Kritiker wiesen vielmehr darauf hin, dass den Demokraten eine markante Botschaft und überzeugende Alternative zu den Republikanern gefehlt habe.

Die Wahlen zum Repräsentantenhaus: Republikaner bauen ihre Mehrheit leicht aus

Im Repräsentantenhaus konnten die Republikaner ihre Mehrheit geringfügig ausbauen und werden zumindest über 228 Sitze verfügen, fünf mehr als in der 2. Sitzungsperiode des 107. Congress. Das sind insgesamt 10 Mandate mehr als für die einfache Mehrheit von 218 Sitzen in dieser Kammer mit ihren insgesamt 435 Mitgliedern erforderlich sind.

Sitzverteilung im Repräsentantenhaus

108. Congress (vorläufig)	107. Congress
228 Republikaner	223 Republikaner
203 Demokraten	208 Demokraten
1 Unabhängiger	1 Unabhängiger
3 noch nicht entschieden	3 offene Sitze

Wie schon in früheren Wahlentscheidungen haben auch dieses Mal die Amtsinhaber im Repräsentantenhaus einen *incumbency bonus* für sich geltend machen können. So wurden lediglich vier von insgesamt 390 Amtsinhaberinnen und Amtsinhabern, die sich im Repräsentantenhaus zur Wiederwahl stellten, von ihren jeweiligen Herausforderern geschlagen. Kenner des US-amerikanischen politischen Systems wie Richard F. Fenno warnen denn auch davor, das für die Republikaner positive Wahlergebnis als breites politisches Mandat zu interpretieren. Das Wahlergebnis müsste im Kontext der Terroranschläge des 11. September 2001 interpretiert werden, die das Thema nationale Sicherheit in den Vordergrund der politischen Debatte gerückt hätten. Nun werde es darauf ankommen, inwieweit die Republikaner im Tandem mit Präsident Bush bis zu den Präsidentschaftswahlen 2004 ihre politische Agenda nicht nur nach außen, sondern auch nach innen klar formulieren und vor allem mit Blick auf die lahrende Konjunktur zügig umsetzen könnten.

Die Senatswahlen: Republikaner gewinnen Mehrheit zurück

Im Senat ist es den Republikanern gelungen, zumindest zwei Sitze dazuzugewinnen und damit die Mehrheit, die sie nach dem Parteiaustritt Jim Jeffords (I-Vt.) im Juni 2001 überraschend verloren hatten, zurückzuerobern. Zentral war dabei der Sieg von Saxby Chambliss in Georgia gegenüber dem demokratischen Amtsinhaber Max Cleland, der seinem Herausforderer mit einer Differenz von sieben Prozentpunkten unterlag.

In Missouri konnte sich Jim Talent gegenüber der demokratischen Amtsinhaberin Jean Carnahan mit dem hauchdünnen Vorsprung von einem Prozentpunkt durchsetzen. In Minnesota fiel das Wahlergebnis ebenfalls äußerst knapp zu Gunsten der Republikaner aus. Dort setzte sich Norm Colemann gegenüber dem Demokraten und früheren Vizepräsidenten Walter F. Mondale durch, der von seiner Partei nach dem tragischen Tod des demokratischen Amtsinhabers Paul Wellstone, ins Rennen geschickt worden war.

Sitzverteilung im Senat

108. Congress	107. Congress
51 Republikaner	49 Republikaner
47 Demokraten	49 Demokraten
1 Unabhängiger (Entscheidung im Bundesstaat Louisiana noch offen)	2 Unabhängige (Dean Barkely (Minnesota) wurde am 12. November 2002 bis zum Ende der Legislaturperiode als Nachfolger des bei einem Flugzeugabsturz ums Leben gekommenen Paul Wellstone (D) vereidigt.)

Zwar haben die Republikaner die Mehrheit im Senat glücklich zurückerobert. Selbst wenn es ihnen aber gelingen sollte in einer für den 7. Dezember 2002 terminierten Stichwahl im Bundesstaat Louisiana ihre Kandidatin Suzanne Haik Terrell durchzusetzen, würde ihr Vorsprung nur auf 52 Mandate steigen. Die Geschäftsordnung des Senats sieht jedoch ein Quorum von mindestens 60 Stimmen vor, um die Blockade von Gesetzesentwürfen mittels *filibuster* beenden zu können, so dass von einer robusten Mehrheit der Republikaner im Senat in der 108. Legislaturperiode nicht die Rede sein kann. Das bedeutet, dass *Majority Leader* Trent Lott (R-Miss.) und Präsident Bush sich um eine gewisse Zusammenarbeit mit der demokratischen Minderheitsfraktion bemühen müssen. „Einige Leute“, so Lott, „sagen volle Kraft voraus, setzt es einfach um“. „Das aber“, so der konservative Republikaner vielsagend, „ist im Senat einfacher gesagt als getan.“

Die Gouverneurswahlen: Leichter Zugewinn für die Demokraten

Die Gouverneurswahlen in einer Reihe wichtiger Einzelstaaten bieten im Vergleich zu den Niederlagen in Senat und Repräsentantenhaus einen kleinen Lichtblick für die Demokraten. Zwar ist der noch vor wenigen Wochen erhoffte Sieg auf breiter Front ausgeblieben. Aber der Zugewinn von drei Gouverneursämtern und die Siege in bevölkerungsreichen Staaten können als Erfolg gelten.

Während es dem angeschlagenen demokratischen Gouverneur von Kalifornien, Gray Davis, gelang, sein Amt zu verteidigen, gewannen Demokraten auch die Gouverneursposten in Pennsylvania, Illinois, Michigan und Wisconsin. Zudem siegten sie in Staa-

ten wie Kansas, Oklahoma und Arizona, die in den zurückliegenden Jahren stark zur republikanischen Partei tendiert hatten.

Die Republikaner können dagegen auf die erfolgreiche Verteidigung der Gouverneursämter in New York mit George Pataki und Florida mit Jeb Bush, dem Bruder des Präsidenten, verweisen. Zudem setzten sich in Maryland, South Carolina und Georgia republikanische Kandidaten gegen die Demokraten durch, die dort zuvor den Gouverneur gestellt hatten.

Mit nur einem Gouverneurssitz weniger als vor den Wahlen und der Behauptung der Mehrheit mit nun 26 republikanischen gegenüber 24 demokratischen Gouverneuren interpretieren nicht wenige Stimmen aus der republikanischen Partei auch das Abschneiden der GOP in den Gouverneurswahlen als eine beeindruckende Leistung.

Für die Demokraten bleibt aber die Hoffnung, über die einflussreichen Gouverneursämter in den größeren Staaten ihre Ausgangsposition für die Bundeswahlen 2004 verbessern zu können.

2. Congress schafft ‘Department of Homeland Security’

Der Senat hat am 19. November 2002 ein Gesetz zur Schaffung eines Ministeriums für innere Sicherheit (*Homeland Security Act of 2002, House Resolution 5710*) mit 90 gegen 9 Stimmen verabschiedet. Das Repräsentantenhaus hatte bereits am 14. November 2002 eine inhaltlich identische Vorlage mit 299:121 Stimmen angenommen.

Gegen die Vorlage stimmten im Senat lediglich 8 Demokraten sowie der parteiunabhängige Senator James Jeffords (Vt.). Im Repräsentantenhaus sprachen sich 114 Demokraten, 6 Republikaner und ein parteiunabhängiger Abgeordneter gegen die Schaffung des *Department of Homeland Security* aus.

Die Verabschiedung der vor den November-Wahlen 2002 durch zwischenparteilichen Streit um die Dienstrechtsregelungen für die zukünftigen Mitarbeiter des Ministeriums blockierten Gesetzesvorlage (vgl. CR 10/2002, S. 6) war durch das Einlenken einiger Demokraten vom rechten Flügel der Partei gegenüber der Administration ermöglicht worden.

Die Republikaner im Congress und Präsident Bush hatten eine Aussetzung insbesondere gewerkschaftlich vereinbarter Arbeitsschutzbestimmungen gefordert, um größtmögliche Flexibilität im Aufbau des Ministeriums zu gewährleisten, das ca. 170.000 Mitarbeiter aus 22 Behörden und Regierungsstellen beschäftigen wird.

Die Demokraten hatten diese Forderung unter Verweis auf bereits bestehende Ausnahmeregelungen zurückgewiesen. Unter dem Eindruck des Verlusts der demokratischen Senatsmehrheit in den *Midterm*-Wahlen (vgl. Punkt 1) kündigten jedoch gemä-

Bigt-konservative Demokraten wie John Breaux (La.) und Ben Nelson (Miss.), sowie Lincoln D. Chafee (R.I.) vom linken Flügel der Republikanischen Partei an, sie würden ihre Bedenken im Interesse einer schnellen Verabschiedung zurückstellen.

Eine Reihe von Zusatzbestimmungen, die von der republikanischen Mehrheit im Repräsentantenhaus ohne Abstimmung mit dem Senat in die Gesetzesvorlage aufgenommen worden sind, ließen die Verabschiedung des *Homeland Security Act* jedoch zwischenzeitlich wieder fraglich erscheinen.

Die Demokraten im Senat protestierten vor allem gegen sieben neue Bestimmungen im Text der Vorlage des Repräsentantenhauses, die sie als "special interest provisions" ablehnten, darunter Vergünstigungen für Pharma-Unternehmen, Einschränkungen der Verfolgung von Steuerflüchtigen durch die Finanzbehörden sowie die Einrichtung eines Anti-Terrorismus-Centers an der A&M University of Texas.

Die empörten Vorhaltungen der Demokraten lösten auch in der republikanischen Senatsfraktion offenen Widerstand aus. Doch Trent Lott, dem Fraktionsführer der Republikaner im Senat, gelang es, durch die Zusicherung, die Sonderbestimmungen im nächsten Jahr zumindest teilweise wieder zurückzunehmen, eine offene Revolte in den eigenen Reihen zu verhindern. Eine einseitige Rücknahme der Bestimmungen durch den Senat hätte zudem die Zustimmung des Repräsentantenhauses fraglich erscheinen lassen.

Mit 52 gegen 47 Stimmen wies der Senat am 19. November 2002 eine Vorlage der Demokraten zurück, die die umstrittenen Bestimmungen aus der *Homeland Security Bill* wieder gestrichen hätte. Nur Senator John McCain (R-Az.) stimmte mit den Demokraten; die demokratischen Senatoren Marie Landrieu (La.), Zell Miller (Ga.) und Ben Nelson (Kan.) dagegen mit der republikanischen Fraktion.

Vertreter der republikanischen Fraktion des Repräsentantenhauses wiesen allerdings darauf hin, dass die Rücknahme auch nur eines Teils der kontroversen Zusätze nicht mit ihnen abgesprochen seien.

Präsident Bush hat angekündigt, dass er das Gesetz unterzeichnen wird. Mit der Organisation des neuen Superministeriums soll bereits im Januar 2003 begonnen werden.

3. Congress stimmt für unabhängige Untersuchungskommission

Vertreter der Administration und der beiden Parteien im Congress haben sich Mitte November 2002 auf einen Kompromiss zur Einsetzung einer unabhängigen Kommission zur Untersuchung der Regierungsarbeit im Vorfeld der Terroranschläge vom September 2001 geeinigt.

Das Repräsentantenhaus nahm am 14. November 2002 eine entsprechende Gesetzesvorlage mit 366 gegen 3 Stimmen als Teil eines Bewilligungsgesetzes für die Arbeit der Geheimdienste an. Zuvor war eine eigenständige Alternativvorlage mit 215 gegen 203 Stimmen abgelehnt worden.

Der Senat sprach sich am 16. November in nicht namentlicher Abstimmung für die Annahme der Gesetzesvorlage des Repräsentantenhauses aus.

Vor den Wahlen im November 2002 hatten Einwände von Seiten der Administration verhindert, dass ein von Republikanern und Demokraten im Congress ausgehandelter Kompromissvorschlag zur Abstimmung gebracht werden konnte (vgl. CR 10/2002, S. 8).

Präsident Bush, der eine vor allem von Demokraten und Hinterbliebenen der Anschlagopfer geforderte unabhängige Untersuchungskommission zunächst abgelehnt hatte, knüpfte nach der Kehrtwende der Administration im Sommer 2002 (vgl. CR 9/2002, S. 3) die Zustimmung insbesondere an zwei Bedingungen:

- die Ernennung des Vorsitzenden der Kommission durch den Präsidenten und
- die Vorladung von Zeugen durch die Kommission mit den Stimmen von mindestens 6 der 10 Kommissionsmitglieder.

Die Administration schien zu befürchten, dass ohne diese Vorkehrungen kritische Stimmen die Untersuchungsarbeit dominieren könnten.

Die Demokraten, die in einer ersten Reaktion die Nachforderungen der Administration abgelehnt hatten, lenkten daraufhin ein. Im Gegenzug setzten sie jedoch mit Hilfe von Hinterbliebenen-Verbänden und republikanischen Unterstützern der Gesetzesvorlage durch, dass eines der fünf republikanischen Kommissionsmitglieder nur mit Zustimmung von Senator John McCain (R-Az.) ernannt werden kann.

McCain hatte die Gesetzesvorlage für eine unabhängige Untersuchung zusammen mit Joe Lieberman (D-Conn.) im Senat eingebracht und gilt als ernsthafter, kaum von Präsident Bush zu beeinflussender Verfechter einer starken Kommission. Seine Beteiligung an der Ernennung der Kommissionsmitglieder soll gewährleisten, dass die Republikaner die vereinbarten Regeln nicht zur Blockade der Arbeit eben dieser Kommission nutzen.

Der breit angelegte Untersuchungsauftrag der *National Commission on Terrorist Attacks Upon the United States* umfasst neben der Geheimdienstarbeit unter anderem auch die Arbeit der Einwanderungsbehörde sowie die Untersuchung der Sicherheit im Transportbereich. Für die Anhörungen ist ein Zeitraum von 18 Monaten vorgesehen, so dass die Untersuchungsergebnisse noch vor den Präsidentschaftswahlen 2004 der Öffentlichkeit vorgestellt werden könnten.

Die 10 Mitglieder der Kommission werden je zur Hälfte von den Republikanern und den Demokraten benannt. Der Präsident ernennt den Vorsitzenden der Kommission, die demokratischen Parteiführungen im Congress gemeinsam den stellvertretenden Vorsitzenden. Die Kommission soll ihre Arbeit Anfang des nächsten Jahres aufnehmen.

4. Gesetz zur staatlichen Unterstützung von Versicherungen gegen Folgen von Terroranschlägen beschlossen

Das Repräsentantenhaus hat am 14. November 2002 in nicht namentlicher Abstimmung ein Versicherungsgesetz (*Terrorism Risk Insurance Act*) verabschiedet, das umfangreiche Bundeshilfen für Policen, die Schäden aus Terroranschlägen abdecken, bereitstellt. Der Senat stimmte dem Gesetzentwurf am 19. November mit 86 gegen 11 Stimmen zu.

Die Verabschiedung des seit mehr als einem Jahr debattierten Gesetzes war durch die Aushandlung eines Kompromisses zwischen Vertretern der Administration und der beiden Parteien im Congress noch Mitte Oktober ermöglicht worden (vgl. CR 10/2002, S. 6).

Auf Drängen von Präsident Bush ließen insbesondere die konservativen Republikaner im Congress ihre Forderungen fallen, Beschränkungen der Schadenshaftung bei Folgeklagen sowie eine Rückzahlung der Bundessubventionen durch die Versicherungsbranche in das Gesetzespaket mit aufzunehmen.

Das Gesetz sieht vor,

- dass der Bund Schäden in Folge von Terrorangriffen zu 90 Prozent übernimmt, wenn diese eine Gesamtsumme von 10 Mrd. USD überschreiten. Für darunter liegende Schadenssummen müssen die Versicherungen zunächst mit 7 Prozent ihres Aufkommens an Schadensprämien einstehen, der Bund kommt für die verbleibenden Schäden auf.

Die umfangreichen Hilfen im Fall erneuter Terroranschläge sollen sicherstellen, dass die Versicherungswirtschaft wieder flächendeckend Versicherungen anbietet, die Anschlagsschäden mit absichern, und dass die stark gestiegenen Preise für solche Policen schnell fallen.

Die Administration begrüßte die Verabschiedung des Gesetzeskompromisses nachdrücklich. Präsident Bush hatte in den zurückliegenden Monaten wiederholt betont, dass Bundeshilfen für Versicherungen von hoher Bedeutung für die Wiederbelebung der nach wie vor schwachen US-Wirtschaftskonjunktur sind und die Investitionstätigkeit spürbar stärken könnten.

5. Weiterer Überbrückungshaushalt verabschiedet

Nachdem es dem Congress bis zu seiner Sitzungsunterbrechung kurz vor den Novemberwahlen nicht gelungen war, den Haushaltsbewilligungsprozess für 2003 abzuschließen (vgl. CR 10/2002, S. 3), haben Repräsentantenhaus und Senat am 13./19. November 2002 einen weiteren Überbrückungshaushalt verabschiedet (*House Joint Resolution 124*), der den Bundshaushalt bis zum 11. Januar 2003 auf der Höhe des Vorjahres fortschreibt.

Die Entscheidung, die Präsident Bush am 21. November 2002 mit seiner Unterschrift versehen hat, war notwendig geworden, weil der vorangegangene Überbrückungshaushalt für das Haushaltsjahr 2003, das am 1. Oktober 2002 begonnen hat, am 22. November ausgelaufen war, und bisher nur 2 der insgesamt 13 erforderlichen Bewilligungsgesetze, nämlich *Defense* (*Public Law 107-248*) und *Military Construction* (*Public Law 107-249*), verabschiedet worden sind (vgl. CR 10/2002, S. 4).

Durch die Entscheidung, den Bewilligungsprozess bis zur Konstituierung des 108. Congress am 7. Januar 2003 auszusetzen, versprechen sich die Republikaner angesichts der neuen Mehrheitsverhältnisse größere haushaltspolitische Gestaltungsmöglichkeiten.

Ursprünglich hatte *Speaker* J. Dennis Hastert (R-Ill.) darauf gedrängt, den Haushaltsbewilligungsprozess noch in der sogenannten *lame duck session* des 107. Congress abzuschließen. Nun sollen die Stäbe der künftigen republikanischen Mehrheitsfraktionen in beiden Kammern im Dezember und Anfang Januar einen Haushaltsplan ausarbeiten, der nach Ansicht des designierten *Majority Leader* im Senat, Trent Lott (R-Miss.), auch die Form einer *Omnibus Spending Bill*, also einer umfassenden Sammelbewilligung haben kann. Dass diese den haushaltspolitischen Vorstellungen Präsident Bushs in großen Teilen entsprechen dürfte (vgl. CR 2/2002, S. 3), erscheint nach dem Wahlsieg der Republikaner in den Zwischenwahlen sehr wahrscheinlich. „Nachdem das Land einen republikanischen Congress gewählt hat“, so David R. Obey (Wis.), führender Demokrat im Haushaltsausschuss des Repräsentantenhauses, „muss es auch damit rechnen, dass es einen republikanischen Haushalt bekommt.“

6. Rückkehr zum Haushaltsdefizit offiziell

Nach Berechnungen des *Office of Management and Budget* (OMB) haben die Vereinigten Staaten das vergangene Haushaltsjahr 2002 bei Einnahmen von 1,853 Billionen USD und Ausgaben von 2,012 Billionen USD mit einem Defizit von 159 Mrd. USD abgeschlossen. Zum Vergleich: 1998 betrug der Überschuss im amerikanischen Bundshaushalt 69 Mrd., 1999 128 Mrd., 2000 236 Mrd. und im Jahr 2001 127 Mrd. USD.

Damit hat sich die negative Haushaltsentwicklung, so wie sie vom *Congressional Budget Office* (CBO) bereits im Sommer prognostiziert worden war, voll bestätigt

(vgl. CR 8/2002, S. 10). Der amerikanische Bundeshaushalt weist erstmals seit 1997 wieder einen Fehlbetrag auf, der 1,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) entspricht. Zwar ist das Haushaltsdefizit prozentual betrachtet deutlich niedriger als zu Beginn der neunziger Jahre, als es stellenweise bis zu 4 Prozent des BIP der USA ausmachte. Die Zäsur ist jedoch unverkennbar, denn noch zu Beginn des Jahres 2001 war CBO von einem Haushaltsüberschuss von insgesamt 5,6 Billionen USD bis zum Jahr 2010 ausgegangen (vgl. CR 2/2001, S. 3).

Freilich mussten diese Prognosen bereits nach der im Frühsommer 2001 zwischen Präsident Bush und dem Congress ausgehandelten Steuerreform, die Steuerentlastungen von 1,35 Billionen USD bis zum Jahr 2011 vorsieht, deutlich nach unten korrigiert werden (vgl. CR 9/2001, S. 7).

Während die Republikaner für das Haushaltsdefizit vor allem die Folgen der Bedrohung durch die Terroranschläge des 11. September 2001 verantwortlich machen, sehen die Demokraten einen Zusammenhang zwischen dem Haushaltsdefizit (dem größten seit 1995) und der im vergangenen Jahr auf Betreiben von Präsident Bush vorgenommenen Steuerreform. So hat beispielsweise Thomas Kahn, *Minority Staff Director* des Haushaltsausschusses im Repräsentantenhaus, jüngst vorgerechnet, dass sich ohne die Steuerreform 2001 (vgl. CR 6-7/2001, S. 4) ein Haushaltsüberschuss von 336 Mrd. USD in einen Zeitraum von 10 Jahren ergeben hätte. Umgekehrt dürfte sich im Falle weiterer Steuererleichterungen das Haushaltsdefizit noch deutlich vergrößern. Genau das aber bestreiten die Republikaner vehement.

So vertritt J. Dennis Hastert (R-Ill.), der *Speaker* des Repräsentantenhauses, die Auffassung, dass weitere Steuersenkungen ein probates Mittel, sowohl zur Verringerung des Haushaltsdefizits, als auch zur Ankurbelung der Konjunktur darstellen. „Wenn man die Wirtschaft stimulieren kann, dann kann man auch die Haushaltsdefizite verringern“, so Hasterts unmissverständliches Credo.

Tatsächlich wird das wieder aufgetretene Haushaltsdefizit von vielen Republikanern eher als vorübergehende Entwicklung interpretiert, die durch den Krieg gegen den internationalen Terrorismus ausgelöst worden ist. Eine Rückkehr zu den strukturellen Defiziten im Bundeshaushalt, wie sie in den achtziger Jahren unter Reagan an der Tagesordnung waren, wird es aus dieser Perspektive nicht geben. Vielmehr ist es die Schlüsselaufgabe der Politik, das wirtschaftliche Wachstum zu stimulieren. Dazu wird von vielen Republikanern eine weitere Steuerreform als bestes Mittel angesehen, das dann auch zur Verringerung des Haushaltsdefizits beiträgt.

Freilich haben fiskalkonservative Republikaner stets darauf beharrt, dass individuelle Steuerentlastungen mit Einnahmeerhöhungen wie beispielsweise der Anhebung der Benzinsteuern gekoppelt sein sollten, um die zu erwartenden Steuerausfälle mit Blick auf die Defizitentwicklung zu kompensieren. Allerdings könnte der Einfluss dieser Gruppe innerhalb der republikanischen Fraktionen des Congress mit dem Ausscheiden von *Majority Leader* Dick Armey (R-Tx.) im Repräsentantenhaus zum Ende dieser Legislaturperiode merklich abnehmen. Auf jeden Fall hat John Shadegg (R-Az.), der

Vorsitzende des *Republican Study Committee*, sich bereits öffentlich für weitere Steuerentlastungen ausgesprochen, ohne dabei auf die Folgen für die Defizitentwicklung im amerikanischen Bundeshaushalt näher einzugehen.

7. Republikaner und Demokraten wählen Fraktionsspitzen

Nach den Novemberwahlen, aus denen die Republikaner in beiden Kammern als Sieger hervorgegangen sind (vgl. Punkt 1), haben die Fraktionen ihre Führungsteams bestätigt bzw. neu gewählt.

Im Repräsentantenhaus gilt bei den Republikanern die Wiederwahl von J. Dennis Hastert (R-Ill.) als *Speaker* für eine dritte Legislaturperiode als sicher, nachdem die Republikaner auch im 108. Congress, der sich am 7. Januar 2003 konstituieren wird, die Mehrheit stellen werden. Als Fraktionsvorsitzender (*Majority Leader*) ist der konservative Republikaner Tom DeLay von der Fraktionsversammlung gewählt worden. DeLay, der zuletzt das Amt des Fraktionsgeschäftsführers (*Majority Whip*) bekleidete und als aggressiver Parteipolitiker gilt, tritt die Nachfolge von Dick Armey (Tx.) an, der sich mit Ablauf der 107. Legislaturperiode aus der Bundespolitik zurückzieht. Als DeLays Nachfolger im Amt des *Majority Whip* wurde Roy Blunt aus Missouri, ein enger politischer Gefolgsmann des neuen Fraktionsvorsitzenden der Republikaner, gewählt. Die Fraktionsversammlung der Republikaner wird zukünftig Deborah Pryce aus Ohio führen, die sich mit 133 Stimmen gegenüber J.D. Hayorth (Az.) und Jim Ryan (Ks.) durchsetzen konnte. Als ihr Stellvertreter (*Conference Vice Chairman*) wurde Jack Kingston (Ga.) gewählt, der mit 159 Stimmen klar den Vorzug gegenüber seiner Fraktionskollegin Melissa A. Hart (Pa.) erhielt. Das Amt des *Conference Secretary* wird John T. Doolittle (Cal.) ausüben, der an die Stelle von Barbara Cubin (Wy.) tritt, die sich nicht um eine Wiederwahl bewarb.

Bei den Demokraten im Repräsentantenhaus wird Nancy Pelosi, die seit acht Legislaturperioden Kalifornien im Repräsentantenhaus vertritt, die Position der Fraktionsvorsitzenden (*Minority Leader*) übernehmen. Die 62-jährige, die als liberale Demokratin gilt, erhielt 177 Stimmen und setzte sich klar gegenüber ihrem Mitbewerber Harold E. Ford, einem konservativen Demokraten aus Tennessee, durch, auf den 29 Stimmen in der Fraktionsversammlung entfielen. Pelosi ist die erste Frau an der Spitze einer Fraktion im Congress, und hat sich vor allem als geschickte Spendensammlerin für ihre Partei einen Namen gemacht. Die neue Fraktionsvorsitzende löst Richard A. Gephardt aus Missouri ab, der die Demokraten im Repräsentantenhaus dreizehneinhalb Jahre geführt hatte und als *Centrist* gilt.

Während die Republikaner die Wahl Pelosis als Beweis für den Linksrutsch der Demokraten nach ihrer Niederlage in den Novemberwahlen werteten, kündigte die neue Fraktionsvorsitzende eine konstruktive Oppositionspolitik an, die eine Zusammenarbeit mit Präsident Bush und der republikanischen Fraktionsführung im Repräsentantenhaus keineswegs ausschließen werde. Dass Pelosi keineswegs einer undifferenzier-

ten Polarisierungsstrategie ihrer Fraktion das Wort redet, macht auch die Wahl ihres Stellvertreters (*Assistant Minority Leader*) John M. Spratt deutlich. Spratt, ein konservativer Demokrat aus South Carolina, gilt als Pragmatiker, der die zwischenparteiliche Zusammenarbeit sucht.

Zum Fraktionsgeschäftsführer der Demokraten im Repräsentantenhaus (*Minority Whip*) wurde der 63-jährige Steny Hoyer aus dem Bundesstaat Maryland gewählt, der keinen Gegenkandidaten hatte. Für das Amt des Vorsitzenden der Fraktionsversammlung (*Caucus Chairman*) konnte sich mit 104 Stimmen knapp Robert Menendez (N.J.) durchsetzen, der die Nachfolge von Martin Frost (Tx.) antritt, der auf Grund der Fraktionsstatuten kein weiteres Mal kandidieren durfte. Als Stellvertreter von Menendez (*Caucus Vice Chairman*) wurde James E. Clyburn (S.D.) per Akklamation bestimmt, nachdem seine Gegenkandidaten Zoe Lofgren (Cal.) und Gregory W. Meeks (N.Y.) ihre Kandidaturen vor der Stimmenauszählung in der Fraktionsversammlung zurückgezogen hatten. *Minority Leader* Nancy Pelosi (D-Cal.) wertete die personelle Besetzung der Fraktionsführung als Beweis für die vielfältige Orientierung ihrer Fraktion und kündigte an, dass sie „die Wirtschaft, die Wirtschaft und die Wirtschaft“ in das Zentrum ihrer legislativen Arbeit zu stellen gedenkt.

Im Senat haben die Republikaner nach ihrem Wahlsieg abermals Trent Lott zum *Majority Leader* gewählt. Lott, ein konservativer Republikaner aus Mississippi, der dieses Amt bis zum Mehrheitswechsel im Juni 2001 schon einmal bekleidete (vgl. CR 6-7/2001, S. 1), gilt als loyaler Parteigänger Präsident Bushs. Zum *Majority Whip* wurde Mitch McConnell aus Kentucky gewählt, dem ebenfalls der Ruf eines konservativen Republikaners vorausleuchtet. Das gilt auch für den neuen Vorsitzenden der Fraktionsversammlung (*Conference Chairman*) Rick Santorum, der 1994 für den Bundesstaat Pennsylvania in den Senat gewählt und 2001 im Amt bestätigt wurde.

Bei den Demokraten im Senat wurde Tom Daschle (S.D.) als Fraktionsvorsitzender (*Minority Leader*) wieder gewählt. Gleiches gilt für die Position des Fraktionsgeschäftsführers (*Minority Whip*), wo Harry Ried, der Nevada für die Demokraten im Senat vertritt, im Amt bestätigt wurde. Auch Barbara Mikulski (Md.) wurde in ihrer Funktion als Vorsitzende der Fraktionsversammlung (*Conference Secretary*) für eine weitere Legislaturperiode wiedergewählt.